
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 26. August 2000

Tagespräsident: Jürg Stöcklin, Grossrat BS
Dauer: 13.30-17.10

Entschuldigt haben sich Marie Schaffer (VD), Tobias Roosen (ZH), Pascal Schacher (AG), Thomas Merkli.

1. Begrüssung

Jürg Stöcklin begrüsst alle Anwesenden, ganz speziell die grüne Bundesministerin Andrea Fischer.

Grüne Politik hat in Basel seit eh und je einen hohen Stellenwert: der engagierte und schliesslich erfolgreiche Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst und der Grossbrand in Schweizerhalle haben nachhaltig gewirkt, parteienübergreifend wird am Projekt Ökostadt Basel gearbeitet.

Ralph Lewin, Regierungspräsident BS heisst die Anwesenden, ganz besonders natürlich die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer, im Namen des Regierungsrates ganz herzlich willkommen und verweist in seiner Rede auf die grünen Seiten Basels: so etwa auf den gut ausgebauten öffentlichen Verkehr und die bereits seit 15 Jahren eingeführten Energieabgaben.

Ruedi Baumann fordert in seiner Rede an die Delegierten den Ausschluss der SVP wegen ihrem Ja zur 18%-Initiative und ruft dazu auf, mit einer nationalen Demo ein Zeichen zu setzen gegen die wachsende Fremdenfeindlichkeit in unserem Land.

Er weist auf die vielen Bereiche hin, in denen in nächster Zeit grünes Engagement gefordert sein wird: im Abstimmungskampf für unsere Rentenalter-Initiative, in den Diskussionen zu Themen wie Familienbesteuerung, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Service public, beim Entscheid über ein allfälliges Mittragen des Referendums zur Militärgesetz-Revision.

Erica Hennequin berichtet vom Podiumsgespräch zum Thema Ernährung, das im Vorfeld der Delegiertenversammlung stattgefunden hat und plädiert für ein Sozial-Label bei Nahrungsmitteln, für das sich die Grüne Partei stark machen sollten.

Grossratspräsident Markus Ritter begrüsst die grüne Bundesministerin Andrea Fischer. Er skizziert kurz ihren bisherigen Lebensweg und nennt die Bereiche, in denen Andrea Fischer in den letzten zwei Jahren als Regierungsmitglied stark präsent war: so etwa im Bereich der Patientinnenrechte, bei der Krankenversicherungsreform. Zudem hat sie die Pflegeversicherung thematisiert und zu einem öffentlichen Nachdenken über Schaden und Nutzen der Genomentschlüsselung und deren Folgen aufgerufen.

Europa zu Gast

Andrea Fischer berichtet von den vergangenen zwei Jahren grüner Regierungsbeteiligung. Trotz nicht leichtem Start lässt sich die grüne Handschrift erkennen. Dem Vertrag zum Ausstieg aus der Atomtechnologie ging ein schwieriger Prozess voraus, Kompromisse bis an die Schmerzgrenze mussten gemacht werden, aber es hat sich trotz allem gelohnt.

Auch ist seit der Einführung der ökologische Besteuerung die Staatsquote in Deutschland nicht gestiegen, die Beiträge zur Rentenversicherung hingegen sind spürbar gesunken.

Trotz dieser Erfolge ist die Mission der Grünen noch nicht erfüllt. Schon lange beschäftigen sich die Grüne Partei nicht nur mit Umweltpolitik, sondern will und kann auch Einfluss nehmen auf andere Bereiche, wie etwa auf die Sozial-, Steuerpolitik. Es braucht also weiterhin grünes Engagement!

Anschliessend an das Referat von Andrea Fischer fasst Ruth Genner die Erkenntnisse und Forderungen des Podiumsgesprächs vom Samstagmorgen zum Thema Ernährung zusammen:

- Primäre Aufgabe ist die Hungerbekämpfung, die Armutsbekämpfung und die Friedenssicherung
- Gefordert wird ein Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen
- Die Einfuhr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln soll verboten werden
- Die Einführung eines Sozial-Labels soll vorangetrieben werden
- Produktionsort, -art muss deklariert werden
- Die externen Kosten müssen in Zukunft auch im Bereich der Lebensmittelproduktion internalisiert werden.

2. Statutarisches

Als StimmzählerInnen gewählt werden Peter Stirnimann, Werner Ulrich, Anita Frei und Katharina Hubacher.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 5. Februar 2000 in Neuenburg wird mit einer Gegenstimme genehmigt.

Ergänzungswahl in den Vorstand:

Als Vertreterin des Kantons St.Gallen neu in den Vorstand gewählt wird Cécile Federer, Bosco Bühler ist ihr Stellvertreter.

3. Informationen

Hubert Zurkinden informiert über die am 26.November zur Abstimmung kommende AHV-Initiative der Grünen. Ganz entgegen unserem Wunsch werden wir nicht über das komplette grüne Tandem abstimmen können, die zweite Initiative kommt voraussichtlich erst im Jahre 2002 zur Abstimmung. Es geht jetzt darum, unter Beweis zu stellen, dass die Grünen auch in sozialpolitischen Fragen kompetent sind. Überzeugtes Engagement ist gefragt, Vorbereitungen sind im Gange, die grüne Sozialkommission übernimmt die Koordination der Kampagne, im Sekretariat unterstützt Fabian Jeker die Arbeit der Kommission, die Coordination romande führt eine eigene Kampagne.

Cécile Bühlmann berichtet über die Tätigkeit der Fraktion, die sich an ihrer letzten Sitzung mit grüner Finanz- und Steuerpolitik befasst hat.

Die Fraktion ist geschlossen aus dem offiziellen, bürgerlichen Komitee gegen die 18%-Initiative ausgetreten, da sie sich mit dem Nützlichkeitsdenken dieser Kreise, die sich in den letzten Jahren nie schützend vor die MigrantInnen gestellt haben, nicht mehr identifizieren konnte.

Besorgt über den zunehmenden Rechtsextremismus legt die Fraktion eine Resolution vor, die von den Delegierten einstimmig angenommen wird.

4. Rechnung 1999 /Budget 2001

Hans Beat Schaffner präsentiert die Rechnung 1999, die einzig unter dem Konto 50 (Unterlagen/Broschüren) eine grosse Abweichung vom Budget vorweist (Material für NR-Wahlen). Bei den Einnahmen kamen die nicht budgetierten Abgaben des neuen Bundesrichters dazu. Damit ist das Defizit trotz Mehrauslagen etwas kleiner ausgefallen. *Nach Verlesen des Revisorenberichtes wird die Rechnung 99 einstimmig genehmigt und dem Rechnungsführer Decharge erteilt.*

Das Budget 2001 weicht kaum vom Vorjahresbudget ab. Die Kampagne für unsere Initiative muss ausserhalb des Parteibudgets finanziert werden, da dieses nur schon mit den normalen Ausgaben sehr eng kalkuliert ist.

Das Budget 2001 wird von den Delegierten einstimmig genehmigt.

5. Parolen zu den Abstimmungen vom 24.September 2000

Zu allen drei energiepolitischen Vorlagen spricht Daniel Brélaz. Er kritisiert die massive Gegenkampagne des Vororts, deren Ziel es ist, damit den Einfluss des Bundesamtes für Energie und der Umweltverbände zu schmälern.

5.a) Solarinitiative

Es geht darum, mit Fr. 5.90 pro Person und pro Monat zur Förderung der Sonnenenergie, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Förderung der Wasserkraft beizutragen.

Die Delegierten sprechen sich einstimmig für ein Ja zur Solar-Initiative aus.

5.b) Förderabgabe für erneuerbare Energien

Beim Gegenprojekt des Bundesrates geht es darum, mit weniger als Fr. 3.55 pro Monat und Person erneuerbare Energien, eine rationelle Energienutzung und die einheimische Wasserkraft zu unterstützen.

Die Delegierten sprechen sich bei einer Enthaltung einstimmig für ein Ja zum Gegenvorschlag zur Solar-Initiative aus.

Der **Stichentscheid** fällt einstimmig zu Gunsten der Solar-Initiative aus.

5.c) Energielenkungsabgabe für erneuerbare Energien

Mit 24 Franken pro Person und Jahr oder max. 2 Rappen/Kwh auf fossile Energien und Atomstrom bleibt der Schweiz die Herrschaft über ihre einheimischen Energiequellen. Die Beiträge werden vollständig via Senkung der AHV-Prämien zurückerstattet.

Die Delegierten sprechen sich einstimmig für ein Ja aus.

5.d) Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung» (18%-Initiative)

Cécile Bühlmann stellt fest, dass diese Initiative moderater daher kommt als Vorgänger-Initiativen, Grundhaltung ist aber nach wie vor: zu viele AusländerInnen schaden der Heimat.

Initiative will verfassungsmässige Beschränkung der Ausländerzahl. Botschaft nach einem Jahrzehnt Rezession fällt leider auf nicht ganz unfruchtbaren Boden. Wert der Demokratie zeigt sich darin, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht.

Die Grüne Partei hat sich immer für Integration, für fairen, sachlichen Umgang mit der vielschichtigen Integrationsproblematik eingesetzt. (Erleichterte Einbürgerung, Beschwerderecht, automatische Einbürgerung für hier Geborene (jus solis statt jus sanguinis)).

Die Delegierten lehnen die Initiative bei einer Enthaltung ab.

5.e) Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag» (Konstruktives Referendum)

Diego Hättenschwiler präsentiert das Konstruktive Referendum als interessantes Instrument der direkten Demokratie. Kernidee: traditionelle Referendum (Ja oder Nein zu Vorlage) soll ergänzt werden. Referendumskomitees sollen Gegenvorschlag zu Gesetz formulieren können, der dem Gesetz gegenübergestellt werden könnte.

Kanton BE hat Volksvorschlag, seit 95, NW seit 97, nicht übermässig genutzt.

Die Delegierten nehmen die Initiative bei zwei Enthaltungen an.

6. Stellungnahme zu zwei Initiativen:

Initiative für eine bessere Rechtstellung der Tiere

Initiative «Tiere sind keine Sachen!»

Luzius Theiler bezeichnet den Tierschutz als urgrünes Anliegen. Die Initiativen sind das Ergebnis eines skandalösen Entscheides des NR, der eine Einzelinitiative ohne richtige Diskussion abgelehnt hat.

1. Initiative etablierte Kreise (Parl., Veterinäre, Beobachter). Minimalistisch, menschenzentriert. Bereits zu Stande gekommen und eingereicht.

2. Initiative Franz Weber, Tier im Zentrum.

Beide wollen neu Art. 79 in Verfassung, zwei Sätze bei beiden. Die Initiative von Weber will zur Wahrung der Rechte der Tiere Anwälte einsetzen

In einer Wortmeldung wird daraufhin gewiesen, dass die Nutztiere und nicht unbedingt oder nicht nur die Haustiere besonderen Schutz erhalten sollten. Das Tierschutzgesetz müsste zuerst einmal umgesetzt werden.

Die bereits eingereichte, erste Initiative wird von der Mehrheit der Delegierten unterstützt. Zwei Delegierte sprechen sich dagegen aus, 13 enthalten sich der Stimme.

Die Franz-Weber-Initiative wird von einer Mehrheit bei drei Nein und 8 Enthaltungen unterstützt.

7. Verschiedenes

Antrag Claudius Schaufli, ruft dazu auf, mit den Schweizer WeltbürgerInnen und andern Organisationen eine Koalition zu bilden gegen Rechtsextremismus, die sich vereinsrechtlich organisiert.

Cécile Bühlmann stellt fest, dass sie wenig weiss über die WeltbürgerInnen, äussert ihre Bedenken punkto Vereinsgründung. Stellt Antrag auf Ablehnung.

Die Delegierten lehnen den Antrag mit grosser Mehrheit ab. Viele Delegierte enthalten sich der Stimme.

Tagung Grüne Frauen Schweiz vom 4. November

Thema: Altersversicherungen, unsere Rentenalter-Initiative, 11. AHV-Revision.

Datum reservieren!

Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie feiert am 12. September ihr 10-jähriges Jubiläum in Bern

16. September, 14.30 ab Emmen, Demo gegen Rechtsextremismus, mitorganisiert vom Grünen Bündnis!

Für das Protokoll: Gabriela Bader